



Den Vorrang hat der Mensch!

(7. Fortsetzung)

Ein humanistisches Manifest und ein Programm als Führer zu den Prinzipien und Zielen des Humanismus.

Beiträge zu diesem Thema von der Tagung der Erich-Fromm-Gesellschaft im September 2007 in Friedensau bei Magdeburg «Alternativen zum Neoliberalismus».

Aus dem Vortrag von Elmar Altwater: «Elemente einer Kapitalismuskritik im 21. Jahrhundert». (Fortsetzung)

«Das absehbare Ende der fossilen Energieträger.

Die zweite Dimension der Krise betrifft die Umwelt, das ist vor allem jetzt die Frage der Energie, denn das kapitalistische System funktioniert nur mit fossiler Energie. Man könnte sich vielleicht vorstellen, dass es auch einen Kapitalismus auf nicht-fossiler energetischer Basis gibt – den hat es ja vor dem Kohle-Zeitalter, vor dem Industriezeitalter auch gegeben –, aber das ist ein anderer Kapitalismus als der, den wir kennen. Der ist langsamer, kann nicht so global ausgreifen, ist also etwas ganz anderes als der fossile Kapitalismus. Erst dieser hat es ermöglicht, Raum und Zeit letztendlich kaputt zu machen. Die Zeit wird zusammengepresst durch immer größere Beschleunigung – und Beschleunigung ist auch die Botschaft des kapitalistischen Fortschritts. Denn Beschleunigung ist nichts anderes, als dass in der gleichen Zeiteinheit mehr produziert werden kann, also die Steigerung der Produktivität.

Die Steigerung der Produktivität ist aber das Kernelement der Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit, und die Wettbewerbsfähigkeit muss erhöht werden in der globalen Konkurrenz. Das steht sogar im Koalitionsvertrag der Bundesregierung, und es steht auch in der Lissabon-Strategie der Europäischen Union: wir wollen die wettbewerbsfähigste Region der Welt werden, indem wir eine Wissensgesellschaft aufbauen. Wettbewerbsfähigkeit heißt Produktivitätssteigerung, Produktivitätssteigerung verlangt Beschleunigung und Beschleunigung ist nur möglich mit zusätzlichem Energieaufwand.

Die Energien, die heute dazu einzig geeignet sind, weil wir gar nicht andere Technologien haben, die sie umsetzen könnten, sind die fossilen Energieträger. Deswegen brauchen wir Öl. Aber dieses Öl geht zur Neige, Kohle im Übrigen auch. Manche sagen: Ja die

Kohle reicht noch sehr lange – stimmt nicht. Die Kohle reicht vielleicht bei dem gegenwärtigen Verbrauch noch für 40 Jahre und nicht länger. Manche sagen: 200 Jahre. Nun gut, selbst wenn dem so wäre: 200 Jahre ist auch nicht viel, menscheitsgeschichtlich betrachtet. Die Frage ist: was folgt dann?

Also: die fossilen Energien gehen zur Neige, und das betrifft vor allem das Öl. Den Begriff „Peakoil“ haben vermutlich alle schon einmal gehört. Der Höhepunkt der Ölförderung wird demnächst wohl erreicht sein, wenn er nicht schon überschritten ist. Dann geht die Angebotskurve nach unten. Man kann nicht mehr zusätzlich, entsprechend der steigenden Nachfrage, Öl auf den Markt schmeißen. Das bedeutet: Angebot geringer – Nachfrage steigt – marktwirtschaftliche Preise gehen nach oben. Und dann stellt sich die Frage: Wie können wir die Energieversorgung noch zu vernünftigen Preisen gewährleisten?

Das ist dann einerseits eine marktwirtschaftliche Frage: diejenigen, die viel Kaufkraft auf den Markt schmeißen können, die reichen Länder, die können sich dann das Öl auch noch sehr lange leisten – und diejenigen, die nicht über diese Kaufkraft verfügen, eben nicht. So kommt es, dass schon heute in manchen afrikanischen Ländern die Lastwagen an der Straße stehen und verrostet, weil kein Sprit da ist, oder wenn er da ist: dass er viel zu teuer ist, als dass die Leute ihn sich leisten könnten. In Simbabwe beispielsweise ist das durchaus so, das ist keine Übertreibung. Bei uns ist das eventuell Zukunftsmusik, aber eine sehr kakophonische Zukunftsmusik. Denn wenn die Preise dann steigen und Knappheit indizieren, dann kann es natürlich auch zu dem Bemühen kommen, das eben nicht marktwirtschaftlich zu lösen, sondern politisch – oder auch militärisch.

Die militärische Sicherung der Energieversorgung wird deswegen zu einer immer bedrohlicheren Politikform bzw. zu einem Politikelement, mit dem wir es heutzutage zu tun haben. Alle großen Länder und Wirtschaftsböcke haben in den letzten Jahren Energiesicherheitskonzepte entwickelt, die auch militärische Elemente enthalten. Die USA in ihrer National Security-Politik von 2001 und 2003, die EU hat ein solches Konzept entwickelt, Deutschland auch, die NATO, China hat so etwas, Brasilien – alle haben das entwickelt. Und da geht es vor allem darum, die Ölversorgung zu gewähr-

leisten, bis hin zu einer kriegerischen Besetzung von Ölländern, dem Irak zum Beispiel.

Natürlich ist der Irak überfallen worden des Öls wegen – weshalb denn sonst?

Es ist Unsinn, wenn manche das bestreiten. Selbst Alan Greenspan, der ehemalige Chef der US-Notenbank, hat in seinen Memoiren klar gesagt: natürlich wird der Krieg wegen des Öls geführt, weshalb sollte er sonst geführt werden? Oder der stellvertretende Verteidigungsminister Wolfowitz, der dann kurzfristig Weltbankchef wurde, bis er wegen Korruption gefeuert wurde, auch er hat zynisch gesagt: Natürlich machen wir das des Öls wegen.

Es spielen sicher auch noch andere Beweggründe eine Rolle, aber der Hauptgrund ist das Öl, direkt oder indirekt. Und die Gegenwart der USA und auch der Europäischen Union in Zentralasien und im Kaukasusgebiet hat mit dem Öl zu tun. Die Pipelines, die für die Versorgung zentral wichtig sind, und die Tankerrouten werden militärisch gesichert. Warum ist die deutsche Marine (und die «neutrale» Schweizer Armee!) am Horn von Afrika, in Dschibuti, an der Einfahrt zum Roten Meer? *Ja, Terroristen sollen abgefangen werden, sagt man uns. Es geht natürlich um die Tankerrouten durch das Rote Meer – um die Ölversorgung für Europa zu sichern!*

Diese Sicherheitsstrategien haben eine militärische Komponente, die immer größer wird. Das ist eine Gefahr, mit der wir uns auseinander setzen müssen. Heute ist das alles noch ein bisschen im Dunkeln, aber das, was im Dunkeln ist, das wächst – und irgendwann kommt es dann ganz klar zutage. Dann heißt es nicht mehr: wir müssen am Hindukusch die Demokratie verteidigen, sondern es wird klar gesagt – weil es sich nicht mehr länger vertuschen lässt –: wir sind mit unseren Truppen da, weil wir weiter Auto fahren wollen. Wir müssen dann aber auch bereit sein, dafür den entsprechenden Preis zu zahlen: nicht nur Fr. 1.40 für den Liter Benzin, sondern nochmals etliche Steuerfranken für den militärischen Schutz der Logistik für das Benzin, das wir anschließend durch den Auspuff jagen. Diese Krise wird zwangsläufig eine Rolle spielen, auch ökonomisch und sozial und nicht nur militärisch, weil eben die fossilen Energieträger so zentral für die Funktionsweise des Systems insgesamt sind.

Sie haben noch eine zweite Dimension, die ist auch bekannt: die Klimafolgen, denn die Verbrennung der fossi-

len Energieträger produziert das CO² – den Filter für die Wärmeabstrahlung ins All.

Die Aufheizung der Atmosphäre findet statt: 0,74 Grad im 20. Jahrhundert, und bis zum Ende des 21. Jahrhunderts wird sogar eine Erwärmung um 6,4 Grad erwartet – das kann so sein, es kann weniger oder mehr sein – und das hat natürlich gewaltige Konsequenzen: vom Abschmelzen der Gletscher bis hin zum Anstieg des Meeresspiegels, ungewöhnlichen Wetterereignissen, wie der Zunahme der Hurricanes und Taifune, Dürren in Ländern, wo es bisher nicht bekannt war, und sintflutartigen Regenfällen in Dürregebieten, wie jetzt in der Sahelzone. Das bekümmert uns vielleicht als Fernsehzuschauer, wenn wir das sehen, und wir leiden mit und spenden vielleicht auch etwas, um den Menschen zu helfen; das ist es dann – zunächst.

Aber es geht auch um die Kosten. Die neuesten Berichte der Klimaforscher sowohl im Stern Review für die britische Regierung aus dem Herbst des vergangenen Jahres als auch der Bericht des Weltklimarats der UNO von Februar und Mai dieses Jahres zeigen, dass die Veränderungen des Klimas ziemlich teuer kommen werden. Stern sagt: 20 Prozent des globalen Sozialprodukts, natürlich ungleich verteilt – in manchen Regionen mehr, in manchen weniger –, das sind 20 Prozent weniger an Einkommen, und der IPWCC sagt etwas Ähnliches: Das CO² kostet uns pro Tonne 30–120 US-Dollar. Je mehr wir ausstoßen, desto weniger Geldein-

kommen haben wir zur Verfügung, und wenn wir es zur Verfügung haben, dann ist es inflationär aufgebläht: weil dem die realen Werte nicht mehr gegenüber stehen, da diese durch die Klimakatastrophe verbrannt worden sind! Also muss man etwas dagegen tun, und Stern sagt: Ja, das ist ein gutes Geschäft, wenn wir etwas dagegen tun, denn wir müssten nur ein Prozent des Sozialprodukts investieren, um diesen Verlust von 20 Prozent zu vermeiden, und diese Relation von Vermeidungskosten und Folgekosten ist doch ökonomisch eine sehr sinnvolle Angelegenheit.

Es ist also notwendig, dass man etwas tut, und alle sagen: Ja, das machen wir. Und dann kommt die Bundesregierung und sagt: wir machen das mit markt-basierten Instrumenten. Wir führen ein System von Emissionshandel ein und wollen damit den Ausstoß von CO² reduzieren. Allerdings funktioniert das nicht, und das ist in kapitalistischen Krisen sehr häufig der Fall, dass die Maßnahmen der Krisenvermeidung entweder nicht funktionieren oder kontraproduktiv sind.

Bei diesem Emissionshandel – das will ich jetzt nicht im Detail ausführen – ist es wahrscheinlich genau so. Der ist kontraproduktiv, er funktioniert nicht. Die erste Tranche, die ausgegeben worden ist, hat ja auch schon gezeigt, dass der Preis des CO², den die Unternehmen eigentlich bezahlen müssten für die Emissionen, zwar in die Stromkosten mit eingerechnet wird, dass aber gleichzeitig die Emissionsbörse für die Zertifikate, die da gehandelt werden,

den kapitalkräftigsten Anbietern auf nationaler und internationaler Ebene völlig freie Hand lässt, und die sind natürlich bestrebt, das Marktgeschehen zu ihren Gunsten zu beeinflussen.

Hier zeigt sich also, dass es wenig Sinn macht, wenn man auf diesem Wege in dieser überlebenswichtigen Frage die Akteure der Finanzmärkte bedient. Die haben natürlich überhaupt kein Interesse daran, den Ausstoß von Treibhausgasen zu senken, die wollen Rendite machen – sie müssen ja ihre Shareholder-value-Margen von 20 Prozent Rendite und mehr treffen – und nicht etwa ernsthaft auf eine Reduktion des CO²-Ausstoßes aus sein, um die geplanten 20 bis 30 Prozent bis zum Jahre 2020 erreichen zu können.

(Fortsetzung folgt)

Wir werden Anfang Juni 2009 diesen Brief miteinander besprechen. Wenn Sie an der Zusammenkunft teilnehmen möchten, erfragen Sie bitte den genauen Termin bei:

Oskar Jäggi-Zimmermann
Brandenbergstrasse 9, CH-8304 Wallisellen
Tel. 044 / 883 16 13 E-Mail ojrz@wwg.ch

Diskussionsbeiträge sind willkommen!